



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK
Bundesamt für Energie BFE
Sektion Entsorgung radioaktive Abfälle

März 2015

Sachplan geologische Tiefenlager

Zusatzfragen zur sozioökonomisch-ökologischen Wirkungsstudie SÖW

Kategorie b: «Einbringen in die Gesellschaftsstudie»

Bundesamt für Energie BFE

Mühlestrasse 4, CH-3063 Ittigen · Postadresse: CH-3003 Bern

Tel. +41 58 462 56 11 • Fax +41 58 463 25 00 • sachplan@bfe.admin.ch • www.bfe.admin.ch

Inhalt

Inhalt	3
1 Einleitung	4
2 Zusatzfragen Kategorie b «Einbringen in die Gesellschaftsstudie»	6
2.1 Region Jura Ost.....	6
2.2 Region Jura-Südfuss.....	7
2.3 Region Nördlich Lägern	8
2.4 Region Südranden.....	14
2.5 Region Wellenberg	19

1 Einleitung

Im Sachplanverfahren für geologische Tiefenlager werden neben sicherheitstechnischen Aspekten auch Fragen zu möglichen Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft ermittelt und diskutiert. Bei der Auswahl von Standorten hat die Sicherheit oberste Priorität.

Zu den allfälligen Auswirkungen eines Tiefenlagers auf Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft wird in der laufenden Etappe 2 des Auswahlverfahrens für die Standortregionen eine sozioökonomisch-ökologische Wirkungsstudie (SÖW) durchgeführt. Auf Grundlage der SÖW, der Ergebnisse der Zusatzfragen und zusätzlicher Abklärungen erarbeiten die sechs Standortregionen in Zusammenarbeit mit den Kantonen und Planungsverbänden (wo vorhanden) eine Strategie für die nachhaltige Entwicklung ihrer Region im Falle eines Tiefenlagers, resp. aktualisieren bereits bestehende Strategien und Konzepte. In Etappe 3 haben die verbleibenden Standortregionen die Aufgabe, basierend auf der jeweiligen Entwicklungsstrategie, Massnahmen und Projekte zu erarbeiten. Mit der Anpassung der Entwicklungsstrategien und den daraus abgeleiteten Massnahmen und Projekten soll dabei sichergestellt werden, dass sich die Standortregionen weiterhin nachhaltig entwickeln können – unter der Annahme, dass in der Standortregion ein geologisches Tiefenlager realisiert wird.

Verantwortlich für die Ausarbeitung der regionalen Entwicklungsstrategien ist in jeder Standortregion die Fachgruppe «sozioökonomisch-ökologische Wirkungsstudie und Entwicklungsstrategie» (kurz: FG SÖW) der jeweiligen Regionalkonferenz resp. der Plattform Wellenberg. Die FG SÖW setzt sich in Etappe 2 mit der SÖW auseinander, stellt bestehende regionale Entwicklungsstrategien oder -konzepte zusammen und erarbeitet zuhanden der Vollversammlung mögliche Zusatzfragen zur SÖW, um weitere spezifische Aspekte und Fragen der Region abzuklären.

Für die Formulierung und die Bearbeitung der Zusatzfragen gelten folgende Rahmenbedingungen:¹

- **Inhalt:**
 - Die Zusatzfragen thematisieren mögliche Auswirkungen eines Tiefenlagers auf die Standortregion bzw. die regionale Entwicklung.
 - Es geht hierbei um sozioökonomisch-ökologische Auswirkungen, nicht um Fragen der nuklearen Sicherheit.
 - Die Zusatzfragen sind also als Ergänzung zur SÖW vorgesehen. Themen bzw. Aspekte, die bereits in der SÖW abgehandelt werden, sind deshalb nicht mit Zusatzfragen abzuklären.
- **Ablauf:**
 - Bearbeitet werden die Zusatzfragen parallel zur Durchführung der SÖW, so dass die Ergebnisse nach Möglichkeit zur gleichen Zeit vorliegen.
- **Verwendung:**
 - Die Ergebnisse zu den Zusatzfragen werden für die Bedürfnisanalyse als eine der Grundlagen für die Entwicklungsstrategien verwendet.
 - Um die Ergebnisse der SÖW, der Zusatzfragen und der Gesellschaftsstudie der Kantone (allenfalls Zwischenergebnisse) in einen Gesamtzusammenhang zu bringen, wird pro Standortregion vom BFE in Zusammenarbeit mit den FG SÖW je ein Synthesebericht erstellt.

Das Bundesamt für Energie BFE hat die insgesamt 96 Zusatzfragen aller Regionen zusammengestellt und kategorisiert. Die Einteilung in die sieben vom BFE vorgeschlagenen Kategorien wurde am 14. Mai 2013 am 3. Koordinationstreffen der Leitungen FG SÖW und Fachbegleitungen SÖW zur Kenntnis genommen.

¹ siehe dazu: BFE (2011): Sachplan geologische Tiefenlager. Die Ausarbeitung von Vorschlägen für regionale Entwicklungsstrategien. Konzept zu Ablauf und Organisation

Die im vorliegenden Dokument bearbeitete **Kategorie b «Einbringen in die Gesellschaftsstudie»** umfasst Fragen, welche von den Regionen und vom BFE in die Gesellschaftsstudie eingebracht werden. Anschliessend erarbeitet die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer gemeinsam mit den Regionen (FG SÖW) Indikatoren und nimmt weitere Anliegen auf.

2 Zusatzfragen Kategorie b «Einbringen in die Gesellschaftsstudie»

2.1 Region Jura Ost

Die Region Jura Ost stellte eine Frage, welche der Kategorie b zugeteilt wurde.

Frage 9 (JO)	Effekte / Wahrnehmung
<p>Effekte ohne geologisches Tiefenlager:</p> <ul style="list-style-type: none">• Sind messbare Effekte in Standortregionen zu erwarten, welche kein Tiefenlager erhalten?• Sind negative Effekte auf das Image dieser Regionen zu erwarten? <p>Durch die Diskussion und die Medienpräsenz während des Auswahlverfahrens wird der Name einer Region immer mit einem Tiefenlager in Verbindung gebracht werden, auch wenn sie das Tiefenlager schlussendlich nicht erhält.</p>	

Vorgehen

Diese Thematik wird durch die Region im Rahmen der Indikatoren-Entwicklung in die Gesellschaftsstudie eingebracht.

Bemerkung BFE

Diese Fragestellung soll unter dem Thema «Wahrnehmung» ein Fokus der Gesellschaftsstudie werden. Zum Start der Gesellschaftsstudie (Januar 2015) wurden die Regionen bereits zu einem Workshop eingeladen, welcher der Indikatoren-Entwicklung diente. Im Rahmen dieser Diskussion konnte die FG SÖW diese Frage aufnehmen und einbringen.

2.2 Region Jura-Südfuss

Die Region Jura-Südfuss stellte eine Frage, welche der Kategorie b zugeteilt wurde.

Frage 13 (PJS)	Image
Potenziert sich das negative Image der Region, wenn gleich mehrere «umweltbelastete Standorte» (Sondermülldeponie Kölliken, AKW Gösgen und Tiefenlager) in der Region Jura Südfuss angesiedelt sind?	

Vorgehen

Diese Thematik wird durch die Region im Rahmen der Indikatoren-Entwicklung in die Gesellschaftsstudie eingebracht (Wahrnehmung der ansässigen Bevölkerung zu möglichen Potenzierungs- bzw. Abschwächungseffekten).

Des Weiteren sei hier auf die Studie der Rütter Soceco AG zur Gleichzeitigkeit des Rückbaus eines Kernkraftwerks und dem Neubau eines Tiefenlagers hingewiesen (siehe Fragen der Kategorie e «Über mehrere Regionen koordiniert», JO 66 und PJS 67).

2.3 Region Nördlich Lägern

Die Region Nördlich Lägern stellte zwei Fragen, welche der Kategorie b zugeteilt wurden.

Frage 10 (NL)	Internationale Beziehungen
Welche Auswirkungen hat das Tiefenlager kurz, mittel und langfristig auf die internationalen Beziehungen, insbesondere zu Deutschland? Könnten weitere, politisch wichtige und für die Region Nördlich Lägern brisante Sektoralpolitiken zwischen Deutschland und der Schweiz beeinflusst werden?	

Anmerkung

Im Rahmen der Gesellschaftsstudie wird die unmittelbare Grenzregion innerhalb der Standortregion untersucht. Die explizite Frage nach den Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland muss von den Regionen in die Indikatorentwicklung eingebracht werden. Die Gesellschaftsstudie kann sich dabei aber nur auf die unmittelbare Grenzregion und nicht die übergeordnete Länder- bzw. Bundesebene beziehen.

Das Bundesamt für Energie stellte dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA die untenstehenden Fragen: Diese fassen inhaltlich die Fragestellungen der übergeordneten, nationalen Ebene zusammen, welche von den Regionen Nördlich Lägern und Südranden gestellt wurden.

- Kann die Realisierung eines geologischen Tiefenlagers die politischen Beziehungen zu Deutschland belasten?
- Wie kann sichergestellt werden, dass die Planung und Realisierung eines Tiefenlagers die internationalen Beziehungen nicht belasten?

Einführung BFE: Zusammenarbeit mit Deutschland

Ein Grundprinzip des Konzeptteils des Sachplans geologische Tiefenlager SGT ist, dass die als betroffen bezeichneten Körperschaften (Gemeinden und Kantone in der Schweiz, Gemeinden, Landkreise, Bundesländer sowie Bundesrepublik auf deutscher Seite) ungeachtet der Kantons- oder Landesgrenzen einbezogen werden. Damit soll sichergestellt werden, dass Fragen, Anliegen und Forderungen frühzeitig eingebracht werden können und so allfällig entstehende Probleme rechtzeitig festgestellt und einer möglichst gütlichen Lösung zugeführt werden können. Da vier Standortregionen direkt an Deutschland angrenzen, wird Deutschland auf verschiedenen Ebenen in das Verfahren einbezogen. Das zuständige deutsche Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) sowie das Bundesland Baden-Württemberg und die Landkreise Konstanz, Waldshut und der Schwarzwald-Baar-Kreis werden regelmässig über den Stand des Verfahrens und das weitere Vorgehen informiert und in verschiedene Gremien einbezogen (Ausschuss der Kantone, Arbeitsgruppe Information und Kommunikation, Arbeitsgruppe Raumplanung, Fachkoordination Standortkantone, Technisches Forum Sicherheit). Zudem finden regelmässig Gespräche (zwei- bis dreimal pro Jahr) zwischen dem BFE und der Expertengruppe-Schweizer-Tiefenlager (ESchT) sowie zwischen dem BFE und den Landkreisen statt.

Der Leiter der im Frühjahr 2012 eingerichteten und vom BMUB und vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg finanzierten «Deutschen Koordinationsstelle Schweizer Tiefenlager (DKST)» nimmt seit ihrer Gründung an den Gesprächen mit der ESchT teil. Zudem ist er Mitglied der Arbeitsgruppe Raumplanung und seit Juni 2013 der Arbeitsgruppe Information und Kommunikation. Auf Wunsch des Leiters der DKST fand am 27. Juni 2013 ein Gespräch zwischen dem BFE und den deutschen Mitgliedern der Regionalkonferenzen Jura Ost, Nördlich Lägern, Südranden und Zürich Nordost statt. Thematisiert wurde insbesondere die mögliche Grenznahe von Standortarealen für die Oberflächenanlagen eines geologischen Tiefenlagers.

EDA: Übergeordnete, nationale Ebene Schweiz-Deutschland

Aufgrund der grenznahen Lage der potenziellen Standorte für hochradioaktive Abfälle ist von einer Belastung der politischen Beziehungen zu Deutschland auszugehen, denn die letztlich betroffenen Gemeinden auf deutscher Seite werden ihre Proteste zweifellos auch nach Berlin tragen. Das regionale Konfliktpotenzial im Zusammenhang mit der Standortbestimmung Tiefenlager ist bei Umfragen in Baden-Württemberg schon ähnlich gross wie die Flughafen-Problematik eingeschätzt worden. Hier spielt der ganze Konsultationsprozess im Rahmen des Sachplanverfahrens und der Regionalkonferenzen eine besonders wichtige Rolle und dient genau dem Zweck, verfahrense und bilateral schwierige Konflikte wie z.B. Flughafen Zürich zu vermeiden. Ausserdem kennt Deutschland das Prozedere und Problem der Lagerung radioaktiver Abfälle aus eigener Erfahrung und die Schweizer Standortsuche gilt vielen Vertretenden aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft als exemplarisch.

Von deutscher Seite besteht ein spezielles Interesse für den Aspekt der gesellschaftlichen Akzeptanz und Konsensfindung sowie für die Strukturierung und Umsetzung der Konsultationsprozesse in der Schweiz. Einerseits herrscht eine grundsätzliche Anerkennung für das Verfahren, andererseits jedoch spielt die lokale Problematik eine Rolle. Dies geht gut aus den Aussagen des neuen Landrates von Waldshut, Martin Kistler, hervor²:

[Wie ist Ihre Position zu einem grenznahen Endlager für radioaktive Abfälle?] Die Schweiz hat in der Standortfrage auf vorbildliche Weise einen Prozess lanciert, bei dem wir nach meiner bisherigen Wahrnehmung auch recht gut eingebunden sind. Der Opalinuston bietet die besten Voraussetzungen für eine Endlagerung von Atomabfällen. Dass dieser in Grenznähe vorkommt, muss ich zur Kenntnis nehmen. Was uns allerdings befremdet, ist die Grenznähe von Standortvorschlägen für die Oberflächenanlagen, in welchen der Atommüll verpackt und lagerfähig gemacht werden soll. In diesem Zusammenhang ist der Vorschlag Weiach zu nennen, der nur wenige Hundert Meter von Hohentengen entfernt liegt. Dazu besteht absolut keine Notwendigkeit. Hier werden wir Widerstand leisten.

Weitere Bemerkungen EDA

In diesen Kontext reiht sich die Informationsreise vom 1. und 2. September 2014 der 30köpfigen Delegation aus Niedersachsen mit Landesminister Stefan Wenzel (Grüne), Leiter des Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz zusammen mit Vertretern des Ministeriums, der Landtagsfraktionen, diverser Institutionen sowie Journalisten. Niedersachsen ist bei der deutschen Endlagerstandortsuche aufgrund der Vorkommnisse von Salzstöcken speziell betroffen (Asse, Gorleben). Die Rückmeldungen der Delegation zu den Besuchen der Felslabore Grimsel und Mont Terri wie auch zu den Gesprächen mit BFE-Direktor Walter Steinmann und vielen weiteren Experten waren ausgezeichnet.

Mit Hinweis auf die in der Schweiz gemachten Erfahrungen forderte Wenzel sogleich eine Verlängerung des Suchverfahrens in Deutschland um 20 bis 30 Jahre, wogegen Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) auf dem Zeitziel 2031 beharrt. Damit erreichte Wenzel ein breites Medienecho in Niedersachsen.

Bei der 3. Sitzung der «Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe» vom 8. September 2014 hat sich Wenzel, als Mitglied dieser Kommission, ganz konkret auf seine Reise in die Schweiz und das schweizerische Standortsuchverfahren für radioaktive Abfälle bezogen. Die Schweiz sei, was die Forschungsarbeiten in diesem Bereich anbelangt, deutlich weiter fortgeschritten als Deutschland. Das würde bei der Evaluierung internationaler Erfahrungen ein wichtiger Aspekt sein. In den kommenden Wochen wird die Kommission entscheiden, in welcher Form sie sich über die internationalen Erfahrungen informieren will. Was die Schweiz betrifft, könnte sich dies in Form eines Treffens in Berlin oder einer Informationsfahrt in die Schweiz konkretisieren.

² <http://bazonline.ch/zuerich/region/Der-Staatsvertrag-ist-so-gut-wie-tot-gluecklicherweise/story/29674153>

Frage 96 (NL)	Wahrnehmung / Akzeptanz
Welche denkbaren Szenarien gibt es hinsichtlich Wahrnehmung und Akzeptanz in der Region? Welche Phasen lassen sich hinsichtlich der Akzeptanz und Wahrnehmung beschreiben? Welche Strategien (auch kommunikative) gibt es, um die Wahrnehmung zu bewältigen?	

Kernaussage

Die ersten beiden Teilfragen dieser Zusatzfrage werden mittels der Gesellschaftsstudie beantwortet. Die Thematik wird durch die Region im Rahmen der Indikatoren-Entwicklung in die Gesellschaftsstudie eingebracht.

Die Wahrnehmung des Sachplanverfahrens und eines späteren, allenfalls realisierten Tiefenlagers wird vielschichtig beeinflusst. Neben persönlichen Werthaltungen, öffentlichem Stimmungsbild oder Verfahrensablauf hat die Kommunikation einen wesentlichen Einfluss auf die Wahrnehmung. Durch kontinuierliche, transparente, sachliche und verständliche Information über diverse Kommunikationskanäle trägt das BFE dazu bei, dass die Sachverhalte in der Entsorgung richtig und vollständig dargelegt werden.

Siehe auch Fragen der Kategorie c, c-ZNO4 und c-SR12.

Antwort BFE

Die ersten beiden Teilfragen dieser Zusatzfrage werden mittels der Gesellschaftsstudie beantwortet. Um die dritte Teilfrage zu beantworten, werden verschiedene Einsichten aus Forschungsarbeiten und Studien dargelegt, welche sich mit der Steigerung der gesellschaftlichen Akzeptanz und der damit einhergehenden Wahrnehmung von technischen Grossprojekten befassen. Insbesondere wird im Folgenden ein Schwerpunkt auf den Aspekt der Kommunikation gelegt, wobei Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt «Kommunikation mit der Gesellschaft» erläutert werden.³ Zusätzlich wird jeweils kurz darauf eingegangen, wie die genannten Strategien im Sachplanverfahren einfließen. In Bezug auf die Medienarbeit des BFE findet sich eine ausführliche Antwort zu c-ZNO4.

1. Einflussfaktoren auf die Wahrnehmung und Akzeptanz von Grossprojekten

Bei Grossprojekten mit verschiedenen Akteurinnen und Akteuren werden unterschiedlichste Interessen vertreten. Diese können zu Konfliktsituationen führen, welche wiederum die Wahrnehmung solcher Projekte durch die Beteiligten sowie die Akzeptanz der Projekte beeinflussen können. Devine-Wright et al. (2001: 133 f.) beschreiben in ihrer Forschungsarbeit die zentrale Position von Transparenz und Partizipation der Bevölkerung in einem Planungsprozess eines technischen Projektes. So ist der Prozess erfolgreicher, wenn alle Akteurinnen und Akteure in den verschiedenen Entscheidungsphasen eingebunden werden, wodurch weniger soziale Konflikte auftreten. Hingegen entstehen viel eher Einwände gegen einen Prozess oder eine Implementierung, wenn sich einzelne Parteien übergangen fühlen oder die Wahrnehmung auftritt, dass gewisse Akteurinnen und Akteure nicht in Entscheidungsprozesse einbezogen werden (Zoellner et al. 2008: 4140). Solche Empfindungen fliessen in das Verständnis von Gerechtigkeit und Vertrauen ein. So besteht die Möglichkeit, dass Ergebnisse, welche von einer Gruppe als unfair betrachtet werden, zu geteilten Meinungen und Protesten führen. Dies insbesondere dann, wenn gefällte Entscheide so wahrgenommen werden, dass gewisse Teile der Gemeinschaft auf Kosten anderer bevorzugt werden und profitieren. Aus diesem Grund muss die Ausgewogenheit stets berücksichtigt und gleichzeitig auch von den Akteurinnen und Akteuren in diesem Sinne wahrgenommen werden (Gross 2007: 2727).

Vertrauen ist ein weiterer zentraler Punkt, wenn in einem Projekt Risiken vorhanden sind, welche die Umwelt, die Wirtschaft oder die Gesellschaft anbelangen können. Deshalb ist die Information über solche Risiken wichtig, damit betroffene Personen ihre eigene Sicherheit besser einschätzen können

³ Angaben zur verwendeten Literatur sind am Ende der Antwort aufgeführt.

(Owens 2004: 103 f.). Vor allem wenn die Investorinnen und Investoren und andere Beteiligte von ausserhalb der Gemeinde stammen, kann das Vertrauen respektive Misstrauen in deren Fähigkeiten, Kompetenzen und Einstellungen zu einem Problem werden. Von grosser Bedeutung ist deshalb neben der Bereitschaft der Projektleitung, lokale Akteurinnen und Akteure einzubinden, auch die Flexibilität und Aufgeschlossenheit der von ausserhalb stammenden Beteiligten. Wenn diese nicht vorhanden ist, kann das langsam aufgebaute Vertrauen umso schneller wieder zerfallen (Slovic 1993: 676, Wüstenhagen et al. 2007: 2687).

Insgesamt zeigen sich in der wissenschaftlichen Literatur somit Transparenz, Partizipation und Vertrauen als wichtige Faktoren in Bezug auf die Wahrnehmung und Akzeptanz von Grossprojekten. Bei allen diesen Faktoren spielt die Kommunikation eine zentrale Rolle.

2. Grundlagen einer «guten» Kommunikation

Die wissenschaftliche Literatur zeigt, dass eine «gute» Kommunikation, welche die gegebenen Rahmenbedingungen und die bisherigen positiven wie negativen Erfahrungen im Prozess ernst nimmt, sich positiv auf die Akzeptanz auswirken kann.

Die wohl wichtigste Funktion der Kommunikation bei Grossprojekten ist die Vertrauensbildung. Eine frühzeitige Einbindung der Bevölkerung in den Standortfindungsprozess erscheint unerlässlich und muss auch entsprechend kommuniziert werden. Mit der Vertrauensbildung geht die Legitimität von Entscheidungen einher. Nur Akteurinnen und Akteure, denen vertraut wird, wird auch zugestanden, dass sie legitime Partnerinnen oder Partner im Entscheidungsprozess sind. Eine legitimierte Entscheidung ist eine wichtige Grundvoraussetzung für die Akzeptanz des Verfahrens. Zur Schaffung der Vertrauenswürdigkeit dient zudem eine lokal verankerte Kommunikation, wobei die Akteurinnen und Akteure nicht im Verborgenen arbeiten, sondern den Teilnehmenden bekannt sind. Dabei sollen lokale Anwohnerinnen und Anwohner bewusst in die Entscheidungsfindung einbezogen und eine offene Kommunikation gepflegt werden, was wiederum die Akzeptanz erhöht. Aktives Involvierendes und Partizipation sind gleichzeitig auch die wirksamste Kommunikation, wenn das Ziel angestrebt werden soll, dass die betroffene Bevölkerung – ohne Fachexpertin oder Fachexperte zu sein – urteilsfähig wird (BFE 2009).

Anwendung im Sachplanverfahren

Im Sachplanverfahren zur Standortsuche geologische Tiefenlager des Bundes wird eine offene und transparente Information sowie der Einbezug der betroffenen Kantone, Regionen, Gemeinden und der Bevölkerung als wesentliches Element für die erfolgreiche Durchführung des Standortauswahlverfahrens für geologische Tiefenlager bezeichnet. Zentral für diesen Einbezug ist die regionale Partizipation.

2.1 Verständliche und transparente Kommunikation

In einem partizipativen Verfahren sollte die Kommunikation verständlich und transparent organisiert sein, wobei eine klare Hauptverantwortung definiert werden muss. Behörden, Interessengruppen und die Öffentlichkeit sollten leicht zugängliche Ansprechpartnerinnen und -partner haben (BFE 2009). Ein sehr wichtiger Punkt ist die Verständlichkeit der vermittelten Inhalte. Die Expertinnen und Experten müssen sich bewusst sein, dass sich Wahrnehmungen und Vorstellungen seitens der lokalen Bevölkerung von ihren eigenen unterscheiden können. So wird die Akzeptanz eines Projekts sehr stark vom Verständnis des Sachverhalts beeinflusst, welches wiederum nur durch eine dem Zielpublikum angepasste Sprache erreicht werden kann (Luz 2000: 159).

Anwendung im Sachplanverfahren

Im Konzept zur regionalen Partizipation des Sachplans geologische Tiefenlager wird festgehalten, dass der Aufbau von Sachkompetenz zum Erreichen der Ziele und Aufgaben der Partizipation unumgänglich ist. Dabei sollen die Teilnehmenden nicht zu Expertinnen und Experten ausgebildet werden, vielmehr sollen sie eine Grundlage erhalten, sich über den Sachverhalt ein Bild machen zu und faktenbasiert diskutieren können. Dazu werden verschiedene Instrumente genutzt, wie beispielsweise Ausbildungsmodulare oder Vorträge von externen Expertinnen und Experten. Das BFE ist dabei darauf bedacht, eine verständliche Sprache anzuwenden. Externe Referentinnen und Referenten werden im Vorfeld vom BFE auf die Anforderungen hingewiesen, damit die Verständlichkeit durch ein angemess-

senes fachliches und sprachliches Niveau gesteigert werden kann. Da sich der Wissensstand der einzelnen Zielgruppen – bspw. Medien, Bevölkerung, lokale Behörden – unterscheidet, setzt das BFE unterschiedliche Kommunikationsmittel für unterschiedliche Zielgruppen ein. So wird eine Medienmitteilung anders formuliert als ein Newsletter oder ein Schreiben an eine Behördenstelle. Oberstes Prinzip der Kommunikation des BFE ist die Transparenz.

2.2 Einsatz vielfältiger Kommunikationsmittel

Ergebnisse aus Untersuchungen in verschiedenen Ländern zeigen auf, dass der Einsatz vielfältiger Kommunikationsmittel von grossem Vorteil ist. Insbesondere Kommunikationsmittel, welche die abstrakten Aspekte der Endlagerung veranschaulichen und somit «fassbar» machen, werden als positiv bewertet. Die Kommunikation muss hierbei akteurspezifisch ausgerichtet sein. Schülerinnen und Schüler sind beispielsweise mit anderen Mitteln anzusprechen als Erwachsene. Wichtig ist die «alltagsweltliche» Kommunikation, das heisst keine abstrakten Formulierungen, sondern den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern direkt aufzeigen, welche potenziellen Auswirkungen ein Tiefenlager auf ihr alltägliches Leben haben kann (BFE 2009).

Anwendung im Sachplanverfahren

Im Sachplanverfahren werden verschiedene Kanäle der Kommunikation verwendet. Neben der direkten mündlichen Information an diversen Veranstaltungen werden Newsletter verschickt und über das Internet grundlegende Informationen geteilt. Dabei erhält das Thema der möglichen Auswirkungen eines geologischen Tiefenlagers durch die Kommunikation zur SÖW ein grosses Gewicht. Die Beteiligten sind darauf bedacht, mit Beispielen zu arbeiten, sodass der Sachverhalt fassbar gemacht werden kann und konkrete Auswirkungen besser und anschaulich besprochen werden können. Auch das vorliegende Gefäss, die Zusatzfragen, soll zur Auseinandersetzung der Standortregionen mit potenziellen Auswirkungen dienen.

3. Fazit

Es zeigt sich, dass die Kommunikation vielfältig genutzt werden kann, um Wahrnehmung und Akzeptanz zu beeinflussen. Wichtig ist, dass diese stets für alle Beteiligten verständlich und transparent ist. So kann das notwendige Vertrauen aufgebaut werden, welches als Voraussetzung für eine positiv geprägte Wahrnehmung und Akzeptanz gilt.

Anwendung im Sachplanverfahren

Im Sachplanverfahren können sich hinsichtlich der oben erläuterten Punkte zur Verbesserung der Kommunikation zusätzliche Schwierigkeiten aufgrund der grossen zeitlichen Dimension ergeben. Durch die lange Zeitspanne des Projekts sind personelle Wechsel während des Verfahrens unumgänglich, was einen immer neuen Aufbau von Vertrauen und Verständnis voraussetzt. Deshalb ist das BFE bestrebt, neben einer regelmässigen Kommunikation zu den Meilensteinen im Verfahren und neben der Schaffung verständlicher Grundlagen eine Kontinuität in der Kommunikation zu erreichen. Dazu prüft es – unter Einbezug der Arbeitsgruppe Information und Kommunikation – diverse Massnahmen zur Verbesserung und Erweiterung der Kommunikation zur Entsorgung und zum Auswahlverfahren.

Literatur

BFE (Hrsg.) (2009): Sachplan geologische Tiefenlager. Forschungsprojekt «Kommunikation mit der Gesellschaft»: Wissenschaftlicher Schlussbericht. 29.6.2009.

BFE (2006): Sachplan geologische Tiefenlager - Konzept regionale Partizipation: Grundlagen und Umsetzung in Etappe 1 und 2. 21.2.2011.

Devine-Wright, P. & McAlpine, G. & Bately-White, S. (2001): Wind turbines in the landscape: an evaluation of local community involvement and other considerations in UK wind farm development. In: Proceedings of the 32nd Annual Conference of the Environmental Design Research Association, Edinburgh. S. 133–137.

Gross, C. (2007): Community perspectives of wind energy in Australia: The application of a justice and community fairness framework to increase social acceptance. In: *Energy Policy*, Jg. 35, Nr. 3, S. 2727–2736.

Luz, F. (2000): Participatory landscape ecology: A basis for acceptance and implementation. In: *Landscape and Urban Planning*, Vol. 50, S. 157–166.

Owens, S. (2004): Siting, sustainable development and social priorities. In: *Journal of Risk Research*, Nr. 2, S. 101–114.

Slovic, P. (1993): Perceived Risk, Trust, and Democracy. In: *Risk Analysis*, Jg. 13, Nr. 6, S. 675–682.

Wüstenhagen, R. & Wolsink, M. & Bürer, M. J. (2007): Social acceptance of renewable energy innovation: an introduction to the concept. In: *Energy Policy*, Nr. 35, S. 2683–2691.

Zoellner, J. & Schweizer-Ries, P. & Wemheuer, C. (2008): Public acceptance of renewable energies: Results from case studies in Germany. In: *Energy Policy*, Nr. 36, S. 4136–4141.

2.4 Region Südranden

Die Region Südranden stellte drei Fragen, welche der Kategorie b zugeteilt wurden.

Frage 11 (SR)	Internationale Beziehungen
<p>Wie kann sichergestellt werden, dass die Planung und Realisierung eines Tiefenlagers die grenzüberschreitenden Beziehungen mit den deutschen Nachbarsregionen nicht belasten?</p> <p>Im Fall der Region Südranden geschieht Bau und Betrieb des Tiefenlagers in unmittelbarer Nähe zur deutschen Grenze. Für Schaffhausen sind gute grenzüberschreitende Beziehungen von grossem Interesse. Eine langfristige Planung der Zusammenarbeit mit den deutschen Nachbarsregionen (Kommunikation etc.) im Zusammenhang mit dem Tiefenlager ist daher von grosser Bedeutung. Diese Frage soll abklären, in welcher Weise ein Tiefenlager die grenzüberschreitenden Beziehungen belasten kann und wie diese negativen Effekte minimiert werden können.</p>	

Anmerkung

Im Rahmen der Gesellschaftsstudie wird die unmittelbare Grenzregion innerhalb der Standortregion untersucht. Die explizite Frage nach den Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland muss von den Regionen in die Indikatorentwicklung eingebracht werden. Die Gesellschaftsstudie kann sich dabei aber nur auf die unmittelbare Grenzregion und nicht die übergeordnete Länder- bzw. Bundesebene beziehen.

Das Bundesamt für Energie stellte dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA die untenstehenden Fragen: Diese fassen inhaltlich die Fragestellungen der übergeordneten, nationalen Ebene zusammen, welche von den Regionen Nördlich Lägern und Südranden gestellt wurden.

- Kann die Realisierung eines geologischen Tiefenlagers die politischen Beziehungen zu Deutschland belasten?
- Wie kann sichergestellt werden, dass die Planung und Realisierung eines Tiefenlagers die internationalen Beziehungen nicht belasten?

Einführung BFE; Zusammenarbeit mit Deutschland

Ein Grundprinzip des Konzeptteils des Sachplans geologische Tiefenlager SGT ist, dass die als betroffen bezeichneten Körperschaften (Gemeinden und Kantone in der Schweiz, Gemeinden, Landkreise, Bundesländer sowie Bundesrepublik auf deutscher Seite) ungeachtet der Kantons- oder Landesgrenzen einbezogen werden. Damit soll sichergestellt werden, dass Fragen, Anliegen und Forderungen frühzeitig eingebracht werden können und so allfällig entstehende Probleme rechtzeitig festgestellt und einer möglichst gütlichen Lösung zugeführt werden können. Da vier Standortregionen direkt an Deutschland angrenzen, wird Deutschland auf verschiedenen Ebenen in das Verfahren einbezogen. Das zuständige deutsche Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) sowie das Bundesland Baden-Württemberg und die Landkreise Konstanz, Waldshut und der Schwarzwald-Baar-Kreis werden regelmässig über den Stand des Verfahrens und das weitere Vorgehen informiert und in verschiedene Gremien einbezogen (Ausschuss der Kantone, Arbeitsgruppe Information und Kommunikation, Arbeitsgruppe Raumplanung, Fachkoordination Standortkantone, Technisches Forum Sicherheit). Zudem finden regelmässig Gespräche (zwei- bis dreimal pro Jahr) zwischen dem BFE und der Expertengruppe-Schweizer-Tiefenlager (ESchT) sowie zwischen dem BFE und den Landkreisen statt.

Der Leiter der im Frühjahr 2012 eingerichteten und vom BMUB und vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg finanzierten «Deutschen Koordinationsstelle Schweizer Tiefenlager (DKST)» nimmt seit ihrer Gründung an den Gesprächen mit der ESchT teil. Zudem ist er Mitglied der Arbeitsgruppe Raumplanung und seit Juni 2013 der Arbeitsgruppe Information und Kommunikation. Auf Wunsch des Leiters der DKST fand am 27. Juni 2013 ein Gespräch zwischen dem BFE und den deutschen Mitgliedern der Regionalkonferenzen Jura Ost, Nördlich Lägern, Südranden und Zürich Nordost statt. Thematisiert wurde insbesondere die mögliche Grenznähe von Standortarealen für die Oberflächenanlagen eines geologischen Tiefenlagers.

EDA: Übergeordnete, nationale Ebene Schweiz-Deutschland

Aufgrund der grenznahen Lage der potenziellen Standorte für hochradioaktive Abfälle ist von einer Belastung der politischen Beziehungen zu Deutschland auszugehen, denn die letztlich betroffenen Gemeinden auf deutscher Seite werden ihre Proteste zweifellos auch nach Berlin tragen. Das regionale Konfliktpotenzial im Zusammenhang mit der Standortbestimmung Tiefenlager ist bei Umfragen in Baden-Württemberg schon ähnlich gross wie die Flughafen-Problematik eingeschätzt worden. Hier spielt der ganze Konsultationsprozess im Rahmen des Sachplanverfahrens und der Regionalkonferenzen eine besonders wichtige Rolle und dient genau dem Zweck, verfahrense und bilateral schwierige Konflikte wie z.B. Flughafen Zürich zu vermeiden. Ausserdem kennt Deutschland das Prozedere und Problem der Lagerung radioaktiver Abfälle aus eigener Erfahrung und die Schweizer Standortsuche gilt vielen Vertretenden aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft als exemplarisch.

Von deutscher Seite besteht ein spezielles Interesse für den Aspekt der gesellschaftlichen Akzeptanz und Konsensfindung sowie für die Strukturierung und Umsetzung der Konsultationsprozesse in der Schweiz. Einerseits herrscht eine grundsätzliche Anerkennung für das Verfahren, andererseits jedoch spielt die lokale Problematik eine Rolle. Dies geht gut aus den Aussagen des neuen Landrates von Waldshut, Martin Kistler, hervor⁴:

[Wie ist Ihre Position zu einem grenznahen Endlager für radioaktive Abfälle?] Die Schweiz hat in der Standortfrage auf vorbildliche Weise einen Prozess lanciert, bei dem wir nach meiner bisherigen Wahrnehmung auch recht gut eingebunden sind. Der Opalinuston bietet die besten Voraussetzungen für eine Endlagerung von Atomabfällen. Dass dieser in Grenznähe vorkommt, muss ich zur Kenntnis nehmen. Was uns allerdings befremdet, ist die Grenznähe von Standortvorschlägen für die Oberflächenanlagen, in welchen der Atommüll verpackt und lagerfähig gemacht werden soll. In diesem Zusammenhang ist der Vorschlag Weiach zu nennen, der nur wenige Hundert Meter von Hohentengen entfernt liegt. Dazu besteht absolut keine Notwendigkeit. Hier werden wir Widerstand leisten.

Weitere Bemerkungen EDA

In diesen Kontext reiht sich die Informationsreise vom 1. und 2. September 2014 der 30köpfigen Delegation aus Niedersachsen mit Landesminister Stefan Wenzel (Grüne), Leiter des Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz zusammen mit Vertretern des Ministeriums, der Landtagsfraktionen, diverser Institutionen sowie Journalisten. Niedersachsen ist bei der deutschen Endlagerstandortsuche aufgrund der Vorkommnisse von Salzstöcken speziell betroffen (Asse, Gorleben). Die Rückmeldungen der Delegation zu den Besuchen der Felslabore Grimsel und Mont Terri wie auch zu den Gesprächen mit BFE-Direktor Walter Steinmann und vielen weiteren Experten waren ausgezeichnet.

Mit Hinweis auf die in der Schweiz gemachten Erfahrungen forderte Wenzel sogleich eine Verlängerung des Suchverfahrens in Deutschland um 20 bis 30 Jahre, wogegen Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) auf dem Zeitziel 2031 beharrt. Damit erreichte Wenzel ein breites Medienecho in Niedersachsen.

Bei der 3. Sitzung der «Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe» vom 8. September 2014 hat sich Wenzel, als Mitglied dieser Kommission, ganz konkret auf seine Reise in die Schweiz und das schweizerische Standortsuchverfahren für radioaktive Abfälle bezogen. Die Schweiz sei, was die Forschungsarbeiten in diesem Bereich anbelangt, deutlich weiter fortgeschritten als Deutschland. Das würde bei der Evaluierung internationaler Erfahrungen ein wichtiger Aspekt sein. In den kommenden Wochen wird die Kommission entscheiden, in welcher Form sie sich über die internationalen Erfahrungen informieren will. Was die Schweiz betrifft, könnte sich dies in Form eines Treffens in Berlin oder einer Informationsfahrt in die Schweiz konkretisieren.

⁴ <http://bazonline.ch/zuerich/region/Der-Staatsvertrag-ist-so-gut-wie-tot-gluecklicherweise/story/29674153>

Frage 12 (SR)

Internationale Beziehungen

Wie wertet der Bundesrat die Tatsache, dass eine Realisierung eines geologischen Tiefenlagers in extremer Grenzlage (Kanton SH hat 80 % seiner Grenzen mit Deutschland) die politischen Beziehungen zu Deutschland belasten könnte, wodurch die Regionalwirtschaft SR in anderen Dossiers wie Handel/Verkehr negativ betroffen sein kann?

Die geologischen Bedingungen sind in der Schweiz derart, dass die meisten günstigen Standortregionen für ein geologisches Tiefenlager im grenznahen Raum zu Deutschland liegen. Mit Blick auf die engen sozioökonomischen Verflechtungen zwischen der Schweiz und Deutschland einerseits, aber auch zwischen den Regionen im Grenzgebiet andererseits soll diese Frage in Erfahrung bringen, wie ein geologisches Tiefenlager auf die grenzüberschreitenden Beziehungen wirken kann und welche Handlungsansätze zur Minimierung allfälliger negativer Auswirkungen dienlich wären.

Anmerkung

Im Rahmen der Gesellschaftsstudie wird die unmittelbare Grenzregion innerhalb der Standortregion untersucht. Die explizite Frage nach den Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland muss von den Regionen in die Indikatorentwicklung eingebracht werden. Die Gesellschaftsstudie kann sich dabei aber nur auf die unmittelbare Grenzregion und nicht die übergeordnete Länder- bzw. Bundesebene beziehen.

Das Bundesamt für Energie stellte dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA die untenstehenden Fragen: Diese fassen inhaltlich die Fragestellungen der übergeordneten, nationalen Ebene zusammen, welche von den Regionen Nördlich Lägern und Südranden gestellt wurden.

- Kann die Realisierung eines geologischen Tiefenlagers die politischen Beziehungen zu Deutschland belasten?
- Wie kann sichergestellt werden, dass die Planung und Realisierung eines Tiefenlagers die internationalen Beziehungen nicht belasten?

Einführung BFE; Zusammenarbeit mit Deutschland

Ein Grundprinzip des Konzeptteils des Sachplans geologische Tiefenlager SGT ist, dass die als betroffen bezeichneten Körperschaften (Gemeinden und Kantone in der Schweiz, Gemeinden, Landkreise, Bundesländer sowie Bundesrepublik auf deutscher Seite) ungeachtet der Kantons- oder Landesgrenzen einbezogen werden. Damit soll sichergestellt werden, dass Fragen, Anliegen und Forderungen frühzeitig eingebracht werden können und so allfällig entstehende Probleme rechtzeitig festgestellt und einer möglichst gütlichen Lösung zugeführt werden können. Da vier Standortregionen direkt an Deutschland angrenzen, wird Deutschland auf verschiedenen Ebenen in das Verfahren einbezogen. Das zuständige deutsche Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) sowie das Bundesland Baden-Württemberg und die Landkreise Konstanz, Waldshut und der Schwarzwald-Baar-Kreis werden regelmässig über den Stand des Verfahrens und das weitere Vorgehen informiert und in verschiedene Gremien einbezogen (Ausschuss der Kantone, Arbeitsgruppe Information und Kommunikation, Arbeitsgruppe Raumplanung, Fachkoordination Standortkantone, Technisches Forum Sicherheit). Zudem finden regelmässig Gespräche (zwei- bis dreimal pro Jahr) zwischen dem BFE und der Expertengruppe-Schweizer-Tiefenlager (ESchT) sowie zwischen dem BFE und den Landkreisen statt.

Der Leiter der im Frühjahr 2012 eingerichteten und vom BMUB und vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg finanzierten «Deutschen Koordinationsstelle Schweizer Tiefenlager (DKST)» nimmt seit ihrer Gründung an den Gesprächen mit der ESchT teil. Zudem ist er Mitglied der Arbeitsgruppe Raumplanung und seit Juni 2013 der Arbeitsgruppe Information und Kommunikation. Auf Wunsch des Leiters der DKST fand am 27. Juni 2013 ein Gespräch zwischen dem BFE und den deutschen Mitgliedern der Regionalkonferenzen Jura Ost, Nördlich Lägern, Südranden und Zürich Nordost statt. Thematisiert wurde insbesondere die mögliche Grenznähe von Standortarealen für die Oberflächenanlagen eines geologischen Tiefenlagers.

EDA: Übergeordnete, nationale Ebene Schweiz-Deutschland

Aufgrund der grenznahen Lage der potenziellen Standorte für hochradioaktive Abfälle ist von einer Belastung der politischen Beziehungen zu Deutschland auszugehen, denn die letztlich betroffenen Gemeinden auf deutscher Seite werden ihre Proteste zweifellos auch nach Berlin tragen. Das regionale Konfliktpotenzial im Zusammenhang mit der Standortbestimmung Tiefenlager ist bei Umfragen in Baden-Württemberg schon ähnlich gross wie die Flughafen-Problematik eingeschätzt worden. Hier spielt der ganze Konsultationsprozess im Rahmen des Sachplanverfahrens und der Regionalkonferenzen eine besonders wichtige Rolle und dient genau dem Zweck, verfahrense und bilateral schwierige Konflikte wie z.B. Flughafen Zürich zu vermeiden. Ausserdem kennt Deutschland das Prozedere und Problem der Lagerung radioaktiver Abfälle aus eigener Erfahrung und die Schweizer Standortsuche gilt vielen Vertretenden aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft als exemplarisch.

Von deutscher Seite besteht ein spezielles Interesse für den Aspekt der gesellschaftlichen Akzeptanz und Konsensfindung sowie für die Strukturierung und Umsetzung der Konsultationsprozesse in der Schweiz. Einerseits herrscht eine grundsätzliche Anerkennung für das Verfahren, andererseits jedoch spielt die lokale Problematik eine Rolle. Dies geht gut aus den Aussagen des neuen Landrates von Waldshut, Martin Kistler, hervor⁵:

[Wie ist Ihre Position zu einem grenznahen Endlager für radioaktive Abfälle?] Die Schweiz hat in der Standortfrage auf vorbildliche Weise einen Prozess lanciert, bei dem wir nach meiner bisherigen Wahrnehmung auch recht gut eingebunden sind. Der Opalinuston bietet die besten Voraussetzungen für eine Endlagerung von Atomabfällen. Dass dieser in Grenznähe vorkommt, muss ich zur Kenntnis nehmen. Was uns allerdings befremdet, ist die Grenznähe von Standortvorschlägen für die Oberflächenanlagen, in welchen der Atommüll verpackt und lagerfähig gemacht werden soll. In diesem Zusammenhang ist der Vorschlag Weiach zu nennen, der nur wenige Hundert Meter von Hohentengen entfernt liegt. Dazu besteht absolut keine Notwendigkeit. Hier werden wir Widerstand leisten.

Weitere Bemerkungen EDA

In diesen Kontext reiht sich die Informationsreise vom 1. und 2. September 2014 der 30köpfigen Delegation aus Niedersachsen mit Landesminister Stefan Wenzel (Grüne), Leiter des Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz zusammen mit Vertretern des Ministeriums, der Landtagsfraktionen, diverser Institutionen sowie Journalisten. Niedersachsen ist bei der deutschen Endlagerstandortsuche aufgrund der Vorkommnisse von Salzstöcken speziell betroffen (Asse, Gorleben). Die Rückmeldungen der Delegation zu den Besuchen der Felslabore Grimsel und Mont Terri wie auch zu den Gesprächen mit BFE-Direktor Walter Steinmann und vielen weiteren Experten waren ausgezeichnet.

Mit Hinweis auf die in der Schweiz gemachten Erfahrungen forderte Wenzel sogleich eine Verlängerung des Suchverfahrens in Deutschland um 20 bis 30 Jahre, wogegen Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) auf dem Zeitziel 2031 beharrt. Damit erreichte Wenzel ein breites Medienecho in Niedersachsen.

Bei der 3. Sitzung der «Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe» vom 8. September 2014 hat sich Wenzel, als Mitglied dieser Kommission, ganz konkret auf seine Reise in die Schweiz und das schweizerische Standortsuchverfahren für radioaktive Abfälle bezogen. Die Schweiz sei, was die Forschungsarbeiten in diesem Bereich anbelangt, deutlich weiter fortgeschritten als Deutschland. Das würde bei der Evaluierung internationaler Erfahrungen ein wichtiger Aspekt sein. In den kommenden Wochen wird die Kommission entscheiden, in welcher Form sie sich über die internationalen Erfahrungen informieren will. Was die Schweiz betrifft, könnte sich dies in Form eines Treffens in Berlin oder einer Informationsfahrt in die Schweiz konkretisieren.

⁵ <http://bazonline.ch/zuerich/region/Der-Staatsvertrag-ist-so-gut-wie-tot-gluecklicherweise/story/29674153>

Frage 14 (SR)

Image / Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Welche Auswirkungen ergeben sich auf soziale Prozesse (Aspekte wie gesellschaftlicher Zusammenhalt, Polarisierung, Widerstand)?

Welche Massnahmen sind nach dem Standortentscheid vorzusehen?

Die Erfahrungen der 1990er-Jahre in der Region Wellenberg zeigen, welche gesellschaftlichen Auswirkungen ein Standortauswahlverfahren eines Tiefenlagers haben kann. Auf der einen Seite sind mögliche Effekte zu identifizieren und quantifizieren, auf der anderen Seite sind vorbeugend Massnahmen zu entwickeln, um negative Auswirkungen minimieren zu können.

Vorgehen

Diese Frage ist der Kern der Gesellschaftsstudie.

2.5 Region Wellenberg

Die Region Wellenberg stellte eine Frage, welche der Kategorie b zugeteilt wurde.

Frage 15 (WLB)	Gesellschaftliche Auswirkungen
<p>Die Debatte um ein Tiefenlager Wellenberg in den 90er Jahren zeigt, dass ein solches Projekt Auswirkungen auf die Gesellschaft in der Standortregion haben kann. Damit stellen sich folgende Fragen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Mit welchen psychologischen und gesellschaftlichen Effekten muss in den nächsten Jahren und Jahrzehnten aufgrund des (geplanten) Tiefenlagers in der Region gerechnet werden?• Welche Wege bieten sich an, um in Zukunft in geeigneter Weise auf Ängste der lokalen Bevölkerung zu reagieren? <p>In der Region Wellenberg gibt es aus den 90er Jahren «Gräben» in der Bevölkerung aufgrund des damals geplanten Tiefenlagers. Bei manchen Bürgern ist eine «Staatsverdrossenheit» festzustellen, weil der Wellenberg trotz mehreren Volksabstimmungen mit negativem Ausgang und trotz Versprechungen von Seiten des Bundesrats wieder als Standortregion vorgeschlagen ist. Diese Erfahrungen haben die Region aufgeschreckt. Bei der Analyse der zukünftigen Effekte sind diese Prozesse und Belastungen aus der Vergangenheit in angemessener Weise einzubeziehen.</p>	

Vorgehen

Diese Frage kann in der Gesellschaftsstudie beantwortet werden. Die Thematik wird durch die Region im Rahmen der Indikatoren-Entwicklung in die Gesellschaftsstudie eingebracht.